

[RND+ entdecken](#) [Newsletter](#) [Ticker](#) [Politik](#) [Krieg in Nahost](#) [Russlands Krieg](#) [Klima](#) [Wirtschaft](#) [B](#)[Startseite](#) > [Politik](#) > CDU und SPD verschaffen konservativer Denkfabrik R21 staatliche Fördergelder[Bei Nachtsitzung beschlossen](#)

Union und SPD verschaffen konservativer Denkfabrik R21 staatliche Fördergelder

[🔊 Anhören](#)

Bei der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses für den Etat 2025 haben SPD und Union der konservativen Denkfabrik Republik 21 staatliche Fördermittel verschafft. 250.000 Euro werden bereits im aktuellen Haushaltsjahr fließen. Auch die Deutsche Atlantische Gesellschaft bekommt deutlich mehr Geld.

Andreas Niesmann und Tim Szent-Ivanyi
23.09.2025, 13:13 Uhr



Wenn es um staatliche Gelder für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus dem linken Spektrum geht, ist die konservative Denkfabrik Republik 21 in ihrer Ablehnung eindeutig. Es sei ein Problem, wenn jene Akteure mit staatlichen Mitteln finanziert werden und „den freien Wettbewerb der Ideen und Meinungen verzerren“, heißt es in einem sogenannten „Manifest für eine bürgerliche Reformagenda“, das R21 erst in diesem Sommer veröffentlicht hat. „Daher müssen die öffentlichen Gelder für NGOs mit einer politischen Agenda gestrichen werden“, so die Forderung.

Zu den Unterzeichnern des Papiers gehören der Historiker Andreas Rödder, die frühere Familienministerin Kristina Schröder (beide CDU), die frühere FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg sowie der Ex-Landeschef der Bayern-FDP, Martin Hagen. Rödder und Schröder sind Gründungsmitglieder von R21, Hagen ist seit vergangenem Jahr Geschäftsführer.

Mit staatlichen Geldern für Organisationen aus dem konservativen Spektrum haben die drei offenbar weniger Probleme – vor allem, wenn es um die eigene Kasse geht. Wie Recherchen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND) zeigen, bekommt R21 künftig selbst Zuschüsse vom Bund. 250.000 Euro hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags dem Verein bei der sogenannten Bereinigungssitzung für den Haushalt 2025 Anfang September genehmigt. Die Zahl geht aus einer Beschlussvorlage von Union und SPD für die Ausschusssitzung hervor, die dem RND vorliegt.

Die Mittel stammen aus einem Topf für institutionelle Förderungen, der beim Bundespresseamt angesiedelt ist, das wiederum zum Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Kanzleramtes gehört. Der Haushalt 2025 wurde mittlerweile vom Bundestag beschlossen.

„Thinktank für bürgerliche Politik“

Der Verein Republik 21 ist vor vier Jahren von Rödder, Schröder und weiteren Mitstreitern gegründet worden. Er beschreibt sich selbst als „Thinktank für neue bürgerliche Politik in Deutschland und Europa“. Meinungsäußerungen und Debattenbeiträge von R21 lassen sich am rechten Rand der Union verorten, Kritiker sagen, auch darüber hinaus.

Der Mainzer Geschichtswissenschaftler Rödder tritt seit Langem für ein Ende der sogenannten Brandmauer zwischen Union und AfD ein. Als Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission plädierte er vor zwei Jahren für CDU-geführte Minderheitsregierungen auf Landesebene, die in einzelnen Sachfragen auch Mehrheiten mit der AfD suchen sollten. Nachdem die Parteispitze dazu öffentlich auf Distanz gegangen war, legte Rödder den Vorsitz der Grundwertekommission nieder.

Laut Unterlage des Haushaltsausschusses erfolgt die Unterstützung von R21 auf Betreiben von Union und SPD und wurde kurzfristig eingebracht. Der Antrag datiert vom 2. September, die Bereinigungssitzung fand am 4. September statt.

„Aktive Zusammenarbeit mit AfD wird vorbereitet“

Die Initiative zur Förderung von R21 sei von der Union ausgegangen, heißt es aus der SPD-Fraktion. Dort habe es den ausdrücklichen Wunsch gegeben, auch eine CDU-nahe Denkfabrik zu fördern. Aus dem konservativen Lager hört man, dass aus CDU-Sicht auch die Streichung sämtlicher staatlicher Förderungen politischer Denkfabriken vorstellbar gewesen wäre. Dazu aber sei die SPD nicht bereit gewesen.

Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch äußerte Kritik am Vorgehen der Koalitionsparteien. „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU bereitet offensichtlich aktiv die Zusammenarbeit mit der AfD vor. So muss man die Förderung des Vereins Republik21 verstehen“, sagte Audretsch dem RND. Vereinsgründer Andreas Rödder arbeite seit Jahren daran, die Zusammenarbeit mit der AfD möglich zu machen, so der Grünen-Politiker weiter. Audretsch forderte die SPD zum Einschreiten auf. „Die SPD und der Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch müssen dieses Treiben von Jens Spahn und der Union stoppen. Sonst werden sie mit verantwortlich“, sagte er.

R21-Geschäftsführer Martin Hagen bezeichnete die Entscheidung des Haushaltsausschusses hingegen als „Beitrag zur demokratischen Meinungsvielfalt“. Er verwies darauf, dass eine institutionelle Förderung für R21 schon bei früheren Haushaltsberatungen Thema gewesen sei, und dass SPD- und Grünen-nahen Thinktanks bereits seit Längerem staatlich gefördert würden. „Natürlich kann man staatliche Zuwendungen generell kritisch sehen, aber wenn sie schon bewilligt werden, muss es politisch ausgewogen sein“, so Hagen.

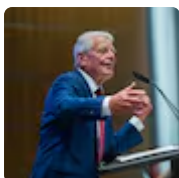
Bislang kamen sechs Denkfabriken in den Genuss der staatlichen Förderung aus dem Etat des BPA. Im Einzelnen sind das die pro-europäische Bürgerinitiative Europa-Union (500.000 Euro jährlich), die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (600.000 Euro), der deutsche Ableger des amerikanischen Aspen Institutes (500.000 Euro), das von den Grünen-Politikern Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründete Zentrum Liberale Moderne (500.000 Euro) sowie das SPD-nahe Progressive Zentrum (500.000 Euro).

Mehr zum Thema



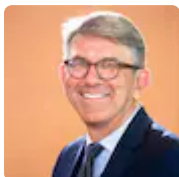
Nach Absetzung von Julia Ruhs

WDR-Chiefredakteur fordert mehr Offenheit für konservative Stimmen im ÖRR



„Bei der AfD ist das nicht zu sehen“

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck lobt Linkspartei für demokratischen Wandel



Keine „blaue Welle“

Kulturstaatsminister Weimer wagt Prognose: AfD 2029 bei 9 Prozent

Größter Nutznießer ist die Deutsche Atlantische Gesellschaft, die bislang mit 700.000 Euro pro Jahr bedacht worden ist. Deren jährliche Mittel wurden in der Bereinigungssitzung deutlich auf 1,75 Millionen Euro aufgestockt.

● VERWANDTE THEMEN

[RND exklusiv](#)[Bundeshaushalt](#)[CDU](#)[CSU](#)[SPD](#)[AfD](#)

● TOP THEMEN

Personen & Parteien

[Friedrich Merz](#)[CDU](#)[SPD](#)[AfD](#)[Johann Wadephul](#)

Krieg

[Iran](#)[Israel](#)[Gaza](#)[Hamis](#)[Nahost](#)[Russland](#)[Ukraine](#)

● MEISTGELESEN IN POLITIK

1

[Firmen raten von Ausreisen ab](#)

Trump verhängt Gebühr von 100.000 Dollar für Fachkräfte-Visa

20.09.2025

2

[Live](#)[Ticker zu Russlands Krieg](#)

Nato reagiert auf russische Kampffjets über der Ostsee +++ Ukraine greift Raffinerie in Südrussland an

10:50 Uhr

-
- 3 [RND exklusiv](#)
Union fordert künftig „Abschuss russischer Kampffjets“ – Nato-Lob von der Linken
20.09.2025
-
- 4 [Donald Trump bei den Royals](#)
„Die Dame wahrt Haltung“: Was bedeutet das Lächeln von Prinzessin Kate?
18.09.2025
-
- 5 [Live](#) [Ticker zur UN-Vollversammlung](#)
Neues Klimaziel: China will Emissionen bis 2035 deutlich reduzieren
24.09.2025
-
- 6 [Trump bei der UN-Generaldebatte](#)
Ein ausgestreckter Mittelfinger über den Atlantik
23.09.2025
-
- 7 [Schmerzmittel unter Beschuss](#)
Trump kündigt „Lösung“ für Autismus an
22.09.2025
-
- 8 [Als Reaktion auf Palästina-Anerkennung](#)
Israels rechter Polizeiminister fordert Westjordanland-Annexion
21.09.2025
-
- 9 [„Gefährliche Provokation“](#)
Luftraumverletzung: Estland ruft Nato zusammen – russische Kampffjets auch über polnischer Bohrplattform
19.09.2025
-
- 10 [Nach Kampffjet-Provokation über Estland](#)
Putin agiert nicht so irrational, wie es scheint



Ein Kommentar von Steven Geyer

[Zum Seitenanfang ↑](#)

1 Monat kostenlos

- Abonnieren • Werben • Newsarchiv
- Netzwerk • Spiele • Abo kündigen
 - RSS-Feeds

Schwerpunktt Themen

Newsarchiv

Israel Gaza News

Ukraine News im Liveblog

[Impressum](#)

[Datenschutzhinweise](#)

[Cookie-Manager](#)

[Kontakt](#)

[Jobs & Karriere](#)